

Ostfriesische Zeitschwingen.

Blätter

zur Besprechung vaterländischer Interessen.

N^o. 46. Sonntag den 5. November 1848.

Die Ostfriesischen „Zeitschwingen“ erscheinen zwei Mal wöchentlich, des Sonntags und Mittwochs, je einen halben Quartbogen stark. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 12 Sgr. Alle Buchhandlungen, so wie die Königl. Hannoverschen Postämter nehmen Bestellungen entgegen. — Beiträge werden franco entweder unter Adresse des Redacteurs oder der Verlagshandlung erbeten.

Was ist constitutionell?

(Fortsetzung.)

Umgekehrt ist das Heil der Einzelwirthschaften, ihr möglichstes Gedeihen, ihr Wachsthum in der zweckmäßigen, aus ihrer innersten Natur entspringenden und durch die sachliche Gesetzmäßigkeit bestimmten Gemeinschaftlichkeit zu suchen. Das ist so wahr, daß nur die absichtlichste Verblendung und ein eigennütziges Interesse sich dagegen aufzulehnen vermögen. Unsere staatswirthschaftlichen Ergebnisse sind leider bisher einerseits durch die unnatürlich verwaltenden Sonder-Interessen, andererseits durch die fiskalisirenden Tendenzen in ihrem Aufschwunge auf unnatürliche Weise gehemmt. Die neue Verfassung wird die Mittel enthalten, diese Uebel durch naturgemäße Entwicklung des ganzen einigen Deutschlands verschwinden zu lassen.

Die constitutionelle Verfassung ist nicht irgend eine Verfassung, sie ist die Verfassung im eminenten Sinne, in der der Volksgeist zur reinen adäquaten Existenz gekommen ist. Wenn alle empirischen Verfassungen als Vorzustände, so vollendet sie immer sein mögen, zur wahren Verfassung betrachtet werden müssen, so ist die constitutionelle Monarchie das Resultat, auf das alle, um zu dem Zustande zu gelangen, wo das Recht die Macht und die Macht das höchste Recht ist, durch

eine innere unwiderstehliche Entwicklung hinwirken. Damit ist nicht gemeint, daß die bestehenden Staaten sich in einem provisorischen Zustande befinden; umgekehrt, sie enthalten sämmtlich, wie sie da sind, alle Bedingungen ihrer Existenz, einer vernünftigen Existenz in sich, aber alle sind zugleich historische Erscheinungen voll positiver Bestimmtheit, die einer weiteren Entwicklung zustreben; einen wahrhaft vernünftigen Organismus zu bilden, die Heimath, die adäquate Heimath des Volksgeistes zu sein, das ist die endliche Bestimmung der Verfassung, die das Resultat ihrer Geschichte und der Wechselbeziehung mit anderen Verfassungen ist, zu denen sie sich auf ganz bestimmte Weise verhält.

Die Monarchie ist, wie eine tiefer gehende Philosophie längst dargethan hat, nicht denkbar ohne den Monarchen: ob derselbe den geschichtlich überkommenen Namen Kaiser, König oder wie sonst führe, ist in Hinsicht auf die Actualität der Verfassung ganz gleichgültig. Wenn wir von dem constitutionellen Königthum sprechen, so ist das in Beziehung auf die Geschichte unseres Staates, dem das Königthum in einer bestimmten Familie ein- und angeboren ist, ganz richtig. Unsere Revolution hat sich auch in keinem Sinne gegen das Königthum, sondern gegen die bureaukratischen Einrichtungen, die die Freiheit zu unterdrücken ganz geeignet

waren, gewandt, gegen Einrichtungen, die eine widersprechende Bevormundung des Volkes und eine unorganische Trennung derjenigen Bestandtheile desselben, die nothwendig ein Ganzes ausmachen, ein organisches Ganzes, das die Bedingung seines Lebens, des Lebens der Freiheit in sich trägt.

Das ist der, der constitutionellen Verfassung zu Grunde liegende Sinn, daß vermittelt derselben das Volk (nicht irgend ein Theil desselben, sondern das ganze Volk) in der organischen Gliederung seines Staates, des Staates, in welchem der vernünftig allgemeine Wille, wie der Volksgeist sich vermittelt seiner Organe in den Gesetzen offenbart und zur stetigen Ausübung bringt, ein freies sittliches Leben führt. So wie in der Natur Alles nach nothwendigen Gesetzen vor sich geht, denen sich ohne Zerstörung des Ganzen nichts entziehen kann, eben so in dem Reiche der Freiheit, dem Staate, nach Gesetzen, die aus der freien Selbstbestimmung zur Wirklichkeit gelangen. In den Gesetzen und ihrer Verwirklichung kommen wir zum Bewußtsein des vernünftigen Gehaltes unseres Willens; an sich, in seiner formellen Bedeutung ist er die Willkür, die ganz äußere Form des Willens, in der der Zufall der Einfälle und des Beliebens vorherrscht. Die Gesetze gehen demnach nicht aus dem Belieben, aus der Willkür irgend Jemandes hervor, er mag so hoch gestellt, so mächtig sein, als er will; sie sind vielmehr das Product eines inneren Processes, des Volksgeistes, des allgemeinen Willens, eines Processes, in den der Einzelne auf völlig selbstständige Weise mit eingreift: als Urwähler, als Wahlmann, als Abgeordneter, als Stimmgeber in der gesetzgebenden Versammlung und überhaupt in allen öffentlichen Angelegenheiten, und, je nach dem Gewicht seiner Persönlichkeit, auf die öffentliche Meinung einwirkend. Der Zwang kehrt sich im vorkommenden Falle unwiderstehlich gegen den, der sich gegen seinen eigenen vernünftigen Willen, der mit dem allgemeinen Willen, der Wahrheit nach, in Uebereinstimmung ist, verneinend verhält, d. h. gegen die von ihm selbst anerkannten und anzuerkennenden Gesetze handelt, also mit sich selbst und seinem Wesen in Widerspruch gerathen ist, ein Widerspruch, der durch den inneren Prozeß des Rechts sich selbst aufhebt, die Strafe. —

Der constitutionelle Staat besteht bekanntlich, um das organische Leben des Volksgeistes genauer zu bezeichnen, in den sich unterscheidenden und sich ge-

genseitig ergänzenden Funktionen der gesetzgebenden und der ausübenden Gewalt, in den in sich unterschiedenen Gewalten, die in der oherausschließenden und subjectiv entscheidenden Person des Königsregenten als ideelle Momente enthalten sind. Beide Staatsfactoren, die gesetzgebende und die ausübende Gewalt, setzen sich eine die andere voraus d. h. sie machen, damit sie existiren, durch gegenseitige Concurrenz ein Ganzes aus; sie sind eben so selbstständig, bestehen ein jeder für sich, als sie mit dem andern, durch dessen Mitwirkung eine Einheit, die Monarchie, ausmachen, die in dem Königs-Regenten die Persönlichkeit annimmt. Der König ist demnach eben so wenig ohne die Staatsfactoren, als diese ohne ihn. Die monarchische Macht ist die Einheit, die das Ganze durchbringt, sie hervorbringt und erhält. Man sagt in so fern: Alles geht von dem Regenten aus und geht in ihn zurück; in seinem Namen geschieht Alles. Er verrichtet aber seine Thätigkeit, durch die Alles in's Leben übergeht, durch seine verantwortlichen Minister. Die passende Formel für die constitutionelle Monarchie möchte daher sein: Der König regiert durch seine Minister vermittelt der Kammern in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung. Das ist die dem Ganzen zu Grunde liegende organische Natur des Rechts, als des freien Lebens des Volksgeistes, daß nichts von außen in dasselbe einzudringen, nichts dasselbe äußerlich zu bestimmen, nichts dasselbe zu bewältigen vermag: es ist die sich selbst hervorbringende, schaffende und erhaltende höchste Macht des Rechts des Volksgeistes, die Souverainetät, wie sie verfassungsmäßig in dem lebendigen Staatsorganismus existirt.

Die Souverainetät ist der Schwerpunkt des constitutionellen Staats; dahin gravitirt Alles in demselben. Dieselbe ihrem Begriffe nach zu setzen, zu constituiren, d. h. so zu setzen und zu bestimmen, daß das Recht die Wirklichkeit, der Staat das Reich der wirklichen Freiheit sei; darauf kommt es an. Auf dieses Gebiet hindeuten sich alle Fragen, alle f. g. Tagesfragen in dem Augenblick, wo sich die Gesellschaft resp. der Staat zu reconstituiren im Begriff sind.

Auf die Beantwortung derselben näher einzugehen, mag, nach der Grundlegung der erforderlichen leitenden allgemeinen Begriffe, den folgenden Abhandlungen vorbehalten bleiben.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Verfassungsfrage.

Bei der zu errichtenden Verfassung Deutschlands hat sich die Vorfrage erhoben: ob die National-Versammlung allein die volle Befugniß habe diese Verfassung festzusetzen, oder ob zur Rechtsgültigkeit derselben erforderlich sei, daß solche mit den bestehenden deutschen Regierungen vertragsweise verabredet werde?

Die Beantwortung dieser Frage, im erstern oder letztern Sinn, ist es hauptsächlich, was die National-Versammlung in zwei verschiedene Parteien trennt.

Die Linke, vom Grundsatz der Volks-Souverainetät ausgehend, erkennt den deutschen Fürsten keinerlei Recht an, ihre Zustimmung zur deutschen Gesamt-Verfassung für eine Bedingung der Gültigkeit derselben auszugeben; die Rechte, ein erworbenes Herrscherrecht der Fürsten annehmend, glaubt über die Beschränkung oder die Aufhebung desselben zum Zweck einer einheitlichen Gesamtverfassung Deutschlands, nicht ohne deren Einwilligung verfügen zu dürfen.

Eine Mittel-Partei besteht noch, welche die Rechtsgültigkeit der, von der National-Versammlung zu schaffenden Verfassung zwar nicht absolut davon abhängig macht, daß die Zustimmung der Fürsten zu derselben wirklich erlangt — aber doch davon, daß diese Zustimmung möglichst erstrebt worden sei. Diese Mittelanficht beruht indessen mehr auf einer Empfehlung der Klugheit als auf einem Grundsatz des Rechts, und würde sich also, nach Umständen, eben sowohl der Linken als der Rechten anschließen.

Daß die National-Versammlung diese Frage, durch die Annahme des Wernerschen Verbesserungs-Antrags, bereits gegen das angesprochene fürstliche Vertrags- oder Mitwirkungsrecht entschieden habe, kann nicht behauptet werden; jener Antrag spricht aus, daß die Bestimmungen der Einzelverfassungen der deutschen Staaten nur nach Maafgabe der, von der National-Versammlung zu gründenden, allgemeinen Verfassung Deutschlands gültig sein sollen, ohne ausdrücklich zu bedingen, daß diese Gründung allein und ausschließlich der National-Versammlung zuständig sei; diesem Antrag wurde jener des Sondergutachtens gegenübergestellt, welcher den, unsre Frage ausdrücklich entscheidenden Zusatz enthielt, daß die Verfassung Deutschlands einzig und allein von der constituirenden National-Versammlung errichtet werden solle; die Verhandlungen

beurkunden aber, daß die Mehrheit der Versammlung nur unter der Bedingung, daß von diesem letztern Antrag abgesehen werde, sich zur Annahme des Erstern entschloß, und somit jene Vorfrage über ein fürstliches Mitwirkungsrecht zum Verfassungswerke, wenn nicht verneinen, doch mindestens unentschieden lassen wollte.

Ebenso wenig kann auch eine bereits erfolgte Entscheidung obiger Frage darin gesehen werden, daß die National-Versammlung den Grundsatz der Volksouverainetät mehrmals, und namentlich durch das Organ ihres eignen Präsidenten (in seiner Antrittsrede), ausgesprochen habe; diese Souverainetät, dies Selbstbestimmungsrecht des Volkes, wenn auch noch so vollständig anerkannt, würde noch immer der Ansicht Raum lassen, daß die deutschen Fürsten irgend wie, vielleicht gerade vermittelt eines Actes dieser Selbstbestimmung des Volkes, einen Antheil an der Staatsgewalt rechtlich erworben haben könnten, worüber nunmehr ohne ihre vertragsmäßige Mitwirkung nicht verfügt werden dürfte.

Ist demnach die Eingangs gestellte Frage noch unentschieden, so ist dagegen von dringender Wichtigkeit, daß sie es nicht länger bleibe. Eine ganz andere Verfassung des deutschen Einheitsstaats muß als geboten erscheinen, wenn die Urheber derselben von der Ueberzeugung beherrscht sind, daß nur die Beistimmung der Fürsten ihr Rechtsgültigkeit verleihe; und eine andre, wenn das Selbstbestimmungsrecht des Volkes als der alleinige Grund ihrer Gültigkeit angenommen wird. Bei dem neben einander Bestehen dieser entgegengesetzten Ansichten in der National-Versammlung, wäre ein gedeihliches Zusammenwirken ihrer so geschiedenen Mitglieder zu dem Zwecke ihrer Sendung unerreichbar. Wohin aber, nach einem fruchtlosen Ausgang des Verfassungsversuchs, die Rathlosigkeit des, in seiner letzten und höchsten Erwartung getäuschten Volkes ausschlagen würde, das möchte eben so schwer zu ermessen als zu verantworten sein.

Ueber diese Frage aber: steht den deutschen Königen und Fürsten ein Recht darauf zu, daß die Verfassung des deutschen Gesamtstaats nicht von der National-Versammlung allein errichtet, sondern zwischen ihnen einerseits und der Nation andererseits, als zweien gleichberechtigten Parteien, vertragsmäßig vereinbart werde? darüber, ebenso wie bei jedem andern Rechts-Anspruche, muß es möglich sein, entscheidende Gewißheit zu erlangen. Kein Recht auf Etwas besteht, ohne einen Ge-

gegenstand, auf welchen ein Recht gültiger Weise erworben werden kann; und keines, ohne die Thatfache dieser Erwerbung selbst; jener Gegenstand und diese Thatfache müssen also erweislich sein, wenn das Recht selbst wirklich ist.

Was ich nun im vorliegenden Falle Gegenstand des Rechts, Kraft dessen die deutschen Fürsten zur Festsetzung der deutschen Verfassung als Partei mitzuwirken befugt sein sollen? Nichts Anders, als die Staatsgewalt selbst; denn diese ist es, welche durch die Verfassung für den Gesamtstaat Deutschlands aufgestellt und angeordnet werden soll; diese muß also, wenigstens theilweise, den Fürsten erworben sein, wenn ihnen zu den Bestimmungen darüber, neben der Nation, eine Mitberechtigung zustehen soll.

Vor allem ist hier zu bemerken, daß für die Fürsten kein ausschließliches Alleinrecht, sondern nur ein Mitrecht zur Festsetzung der deutschen Verfassung in Anspruch genommen wird; einen Vertrag darüber mit der Nation gemeinschaftlich abzuschließen, nicht eine eigenmächtige Verfügung einseitig darüber zu erlassen, soll die ihnen zuständige Befugniß sein. In dem auf diese Grenze zurückgeführten Anspruch liegt ein förmliches Zurücktreten von der Ansicht, aus welcher alle bisherigen Einzelverfassungen Deutschlands hervorgegangen sind, daß der Fürst die volle Souverainetät und Staatsgewalt in seiner Person vereinige.

Allein, ob die volle Staatsgewalt, oder nur ein Theil derselben, Gegenstand des von Seiten der Fürsten in Anspruch genommenen Vertragsrechts sei, so bleibt immerhin zu untersuchen, ob dieser Gegenstand zu denen gehöre, auf welche ein Eigenthumsrecht erworben werden konnte, und ob dieß Eigenthumsrecht auch thatsächlich erworben worden sei.

Daß eine Oberherrschaft über frei geborene Menschen (und das sind sie alle) als Recht erworben werden könne, dafür scheint schon die unbefristete väterliche Autorität zu sprechen, im Gleichniß mit welcher jene der Fürsten auch die landesväterliche genannt worden ist.

Dem Vater bestreitet niemand das Recht, seinen Willen als Gesetz für seine Kinder geltend machen zu dürfen; die Natur selbst, welche sie nackt, kraft- und bewußtlos in seine Hände gelegt hat, fordert ihn auf,

daß zu ihrem Wohl Ersprißliche nach seinem Willen zu bestimmen, seine Einsicht als Vorsehung über ihn walten zu lassen, d. h. im vollsten Sinne eine Oberherrlichkeit über sie auszuüben; und selbst die Freistaaten des Alterthums erkannten diese Art von Oberherrschaft im weitesten Umfang an. Die väterliche Gewalt scheint aber von selbst in das Stammführerthum überzugehen, sobald die Ursfamilie des Vaters in zahlreiche Abzweigungen sich ausgebreitet hat, deren Einheitspunkt in der Person des Stammvaters bestehen bleibt, über welche sein Ansehen in immer weiterem Kreise sich ausdehnt und nach ihm naturgemäß auf seinen ersten Abkömmling übergeht.

Dieser natürliche Hergang scheint also zu Gunsten des Stammführerthums nicht nur das eine Erforderniß eines Rechts, nämlich das der Gegenstand desselben erwerblich sei, sondern auch das andere, die Thatfache der Erwerbung selbst, vollständig nachzuweisen; und zwar diese letztere in demjenigen Sinn, wie er dem Begriff von einer „legitimen“ Oberherrlichkeit zu Grunde liegt und sich in der deutschen Urbenennung des damit Bekleideten heute noch ausdrückt: nämlich als einer angeborenen und erblichen, mithin von menschlicher Verleihung unabhängigen Autorität.

Dieser Urname, der die Beurkundung des so nachgewiesenen Ursprungs der Oberherrlichkeit heute noch in sich trägt, der Name König *) (und seine Analogen in allen übrigen germanischen Mundarten) bedeutet nämlich nichts anders, als: Familien- oder Geschlechts- und Stammes-Hauptling; die königliche Autorität ist also, dem Wortsinne nach, die stammväterliche oder landesväterliche; und da diese aus der väterlichen Gewalt hervorging, welche das Urrecht von der Natur selbst verliehen wurde, so scheint auch von der stammhauptlichen oder königlichen Gewalt, wie von der väterlichen, nachgewiesen zu sein, sowohl, daß sie als Recht habe erworben werden können, wie auch, daß sie wirklich auf legitime Weise erworben worden sei.

*) Vom althochdeutschen *chuninc*, dieses von *chuni*, das Geschlecht (Familie) und *inc* Ableitungssylbe, welche Hauptling wie Abkömmling bedeutet. Schmitt'sches deutsches etymologisches Wörterbuch.

(Fortsetzung folgt.)